

Buchbesprechungen

Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer
FORSCHUNG, GELD UND POLITIK. Die staatliche
Forschungsförderung in Österreich 1945–2005,
Innsbruck/Wien/Bozen 2007, Studienverlag, 398 S.,
44,90 EUR.

Scheinbar stehen sich „Forschung“ und „Politik“ ja unver-
söhnlich gegenüber. Denn während die eine sich nur
möglichst unbeeinflusst und langfristig zu hoher Innova-
tivkraft entwickelt, hat die andere gewissermaßen system-
logisches Interesse daran, sich einzumischen und auf
kurzfristige Ergebnisse zu pochen. Nur, wie schon im Titel
des hier besprochenen Buches klar gemacht wird, gibt es
eben doch eine Gemeinsamkeit, die die beiden Bereiche
aneinander bindet, nämlich: das Geld. (Institutionalisierte)
Formen der Organisierung und der regulierten Vergabe
staatlicher Transferleistungen an die wissenschaftliche
Forschung stehen daher auch im Mittelpunkt der Unter-
suchung von Rupert Pichler, Michael Stampfer und Rein-
hold Hofer.

Dass etwa die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung
in Prozentzahlen am Gesamtbudget eines Staatshaushalts
gemessen wird, ist eine normative Vorgabe, die in den
1960er Jahren von Seiten der OECD forciert wurde – wie
überhaupt diese und andere internationale Organisationen
einen beträchtlichen Einfluss auf die Wissenschaftspolitik
in Österreich hatten. Eine der Stärken des Buches liegt nun
aber darin, dass sie die Frühzeit der Zweiten Republik und
die eine oder andere dabei „vergebene Chance“ (S. 65)
nicht außer Acht lassen. So ist einer der spannendsten
Aspekte, dass Forschungspolitik in Österreich lange Zeit
eben nicht „zu den staatlichen Kernaufgaben“ (S. 11) ge-
zählt wurde. Auch wenn sich – entgegen den Mutmaßun-
gen der bisherigen Fachliteratur – ihre „Entwicklungslinien
[...] bis auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückzuführen“
sind, so sind trotzdem die Reformjahre nach 1960 als
der Ausgangspunkt der „österreichischen Forschungs-
politik und -förderung“ (S. 363) zu sehen.

Geschichte und Funktionsweise von intermediären
Organisationen, die für die Vergabe von Ressourcen für
die wissenschaftliche Forschung eingerichtet wurden,
gelten zugleich als Gradmesser für die „Autonomie“ des
wissenschaftlichen Feldes. Je unabhängiger, selbstständiger
diese Organisationen sind, so die übliche Annahme,
desto eher sind Grundbedingungen für innovative For-
schung gewährleistet. Nach 1945 ging diese Entwicklung
in Österreich zunächst äußerst schleppend vor sich und
beschleunigte sich dann in der Phase der Planungseuphorie,
die zugleich einen „Nachholprozess“ einleitete und eine
„Aufgabe der Sonderwege“ verlangte (S. 26). Das Jahr
1967, in dem mit dem „Fonds zur Förderung der wissen-

schaftlichen Forschung“ eine solche intermediäre Organi-
sation eingerichtet wurde, stellt daher den „Fluchtpunkt“
(S. 9) dar. Entscheidend war auch, dass man nun auf den
langfristigen volkswirtschaftlichen Wert, der in der For-
schungsförderung steckte, zu setzen begann. Das hat sich
bis heute auch nicht wesentlich geändert. Doch die Aus-
gestaltung, die richtige Gewichtung von Steuerung und
Autonomie, stehen im Vordergrund. In dieser Hinsicht ist
Österreich „ein ‚normales‘ europäisches Land geworden“
(S. 335).

Spannend ist, wie sich forschungspolitische Akzentset-
zung in der Zweiten Republik zu forschungspolitisch mo-
tiverter Steuerung und Ressourcendistribution ausgestal-
tete. Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Warum
bedurfte es einer so langen Vorlaufzeit; warum ist die
Forschungsförderung heute so fragmentiert; was waren
mithin also die historisch-kontingenten sowie die struktu-
rellen Bedingungen für die spezifisch österreichische Aus-
gestaltung? Eindeutig geht das leider auch aus dem vor-
liegenden Buch nicht hervor. Das liegt nicht zuletzt daran,
dass man sich, wie in der sozialwissenschaftlichen Wis-
senschaftsforschung üblich, an ein theoretisches Konstrukt
anlehnt, das die Autoren das historische Spezifikum des
österreichischen Falles verkennen lässt. Die Idee eines
„Nationalen Innovationssystems“ (S. 41) mag – abgesehen
davon, dass es in der Fachliteratur durchaus divergente
Ansichten dazu gibt – instruktiv sein, wenn es um die
theoriegeleitete Analyse aktueller Forschungspolitik geht.
Aber für die historische Dimension ist es schlicht falsch,
denn, wie bereits erwähnt, dauerte es einige Jahrzehnte,
ehe das Politikfeld Wissenschafts- und Forschungspolitik
herausgeschält worden war.

An sich wird eine interessante Mischung aus historio-
graphischem und statistisch-szientometrischem Ansatz
dargeboten. Allerdings gelingt es nicht, die beiden Berei-
che zusammenzubringen. Das ist in methodologischer
Hinsicht zwar verständlich – die beiden Ansätze können
bezüglich des verwendeten Datenbestandes, ihrer metho-
dischen Verfahren und Logiken sowie ihrer erkenntnisthe-
oretischen Ansprüche und den daraus folgenden unter-
schiedlichen Verstehensweisen von systematischer Erar-
beitung unterschiedlicher nicht sein. Aber dennoch bleibt
der Eindruck bestehen, dass in den historischen Teilen nur
erzählt, und in den szientometrischen Teilen des Buches
entlang des „stark ökonomisch determinierte[n] Fokus als
Leitlinie“ (S. 18) die Konstruktion des „Nationalen Inno-
vationssystems“ vorangetrieben wird.

Das Buch ist daher, wiewohl es sich in gewisser Weise
um eine klassische Politikfeldanalyse handelt, nicht im
eigentlichen Sinne politikwissenschaftlich, sondern eben
historisch (wo es um das Nacherzählen von Entscheidungs-

findungen aus den Quellen geht) bzw. ökonomisch (wo es um die theoretische „Leitlinie“ geht). Die Fragen nach epochenspezifischen, wissenschaftspolitischen Präferenzen, nach strategischen Interessen von (institutionellen und individuellen) Akteuren, nach unterschiedlichen Steuerungsprozessen und -verfahren werden zwar an verschiedenen Stellen des Buches, aber nicht systematisch behandelt.

Trotz dieser Kritik ist das Buch von Pichler, Stampfer und Hofer in mehrerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Studie geworden. Das liegt zum einen an dem äußerlichen Umstand, dass das Thema bisher kaum zu einem Untersuchungsgegenstand geworden ist. Die Autoren erwecken auch gar nicht den „Anspruch einer lückenlosen Gesamtdarstellung“, sondern regen zu weiteren Arbeiten an: „Die historische Dimension der Wechselwirkungen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verdient noch viel Aufmerksamkeit“ (S. 9). Zum anderen liegt dem Buch die Auswertung von bisher unberücksichtigt gebliebenen Quellenbeständen aus dem Staatsarchiv bzw. der Akademie der Wissenschaften zugrunde. Die erstaunlich detaillierten Ergebnisse dieses Studiums verweisen auf die Notwendigkeit, dass die „historische Dimension“ vor allem einer Differenzierung bedarf, wie sie sozialwissenschaftlichen Ansätzen in diesem Bereich oftmals abgeht. Drittens ist das Buch eine interdisziplinäre Gemeinschaftsproduktion, deren Autoren selbst in verschiedenen Anwendungsbereichen des wissenschaftlichen Feldes stehen. Dass es aber keine wie sonst übliche Apologie auf die hiesigen Verhältnisse wurde, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit diesen, das ist – quasi wissenschaftspolitisch – die erfreulichste Tatsache.

Thomas König (Wien)

E-mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Erich Fröschl/Helmut Kramer/Eva Kreisky (Hg.)

POLITIKBERATUNG ZWISCHEN AFFIRMATION UND KRITIK

Wien 2007, Braumüller, 259 S., 24,90 EUR.

Lässt sich Politikberatung als ein praxisorientiertes und berufliches (professionelles) Anwendungsfeld der akademischen Disziplin der Politikwissenschaft verstehen? Begrifflich kann Politikberatung sowohl Politik-, PolitikerInnen- und Gesellschaftsberatung implizieren, mit teilweise fließenden Übergängen – aber auch Spannungsfeldern – zwischen diesen Konzepten. Als zentrale Forschungsfrage thematisiert vorliegendes Buch die *Politikberatung* einerseits als „Objekt politikwissenschaftlicher Forschung“ sowie andererseits als „Tätigkeitsfeld von PolitologInnen“ (S. 4). Darin reflektiert sich, dass über die universitäre Lehrschiene der Politikwissenschaft auch (aber natürlich weit nicht ausschließlich) künftige Generationen von PolitikerInnen und politischen BürgerInnen ausgebildet wer-

den. Seit den 1990er Jahren nimmt in Österreich das Phänomen der Politikberatung zu. Akademische (universitäre wie außeruniversitäre) Formen der Politikberatung werden dabei durch private Formen ergänzt, wie: (1) *Political Campaigning*, mit Einbindung internationaler BeraterInnen; (2) PolitologInnen gründen eigene Politikberatungsunternehmen; (3) es entsteht mehr Bedarf nach Mediencoaching für die Politik; (4) Ministerien erweitern die „BeamtInnenexpertise“ durch externe (*out-house*) Kompetenzen. Diese vermehrte Politikberatung entwickelt sich parallel zu neuen Herausforderungen an die Politik im Sinne eines zunehmenden Problemdrucks, kontextualisiert in voranschreitender Medialisierung – in den Worten von *Helmut Kramer*: „[...] d.h. in immer stärkerer Verengung der politischen Gestaltungsräume durch Medialisierung und Auslieferung der Politik an neoliberale Marktzwänge“ (S. 254). Dazu wird im Buch formuliert: (1) Demokratiepoltisch bedenklich wäre es, wenn es zu einer Ausblendung von Gesellschaftsberatung bei der Politikberatung käme. (2) Politikberatung darf ferner nicht als „Substitut für sozialwissenschaftlich fundierte Beratung“ (S. 1) gesehen werden.

Die zentrale Forschungsfrage der Politikberatung wird im Buch vielfach darauf fokussiert, was sich über Politikberatung aus der Perspektive einer *kritischen Politikwissenschaft* sagen lässt. Dieses Ausgangsparadigma einer kritischen Politikwissenschaft wird über folgende Merkmale bestimmt: (1) Sie ist an „Veränderungen der Wirklichkeit in demokratischer und emanzipatorischer Hinsicht“ (S. 2) interessiert; (2) sie verlangt (institutionell gedacht) autonome und unabhängige Bedingungen der Wissensproduktion; (3) und sie fordert eine Einbindung der Öffentlichkeit. Kritische Politikwissenschaft sieht sich durch Politikberatung herausgefordert. Hinzu kommt, dass Politikberatung häufig außerhalb der Politikwissenschaft generiert wird, hier also die Politikwissenschaft über kein Monopol verfügt. Die akademische Basis der Politikberatung verweist auf ein interdisziplinäres Setting.

Ein weiterer analytischer Strang des Buchs setzt sich systematisch damit auseinander, wie sich politikwissenschaftlich produziertes (kreatives) Wissen in Politikberatung und schließlich Politik umsetzen lässt. Akademisches Wissen der Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften wird häufig nicht direkt von politischen AkteurInnen aufgenommen. Hier spielen unterschiedliche Systemlogiken hinein. Das Wissenschaftssystem ist an der Produktion von Wissen zur Erklärung der Welt interessiert. Hingegen für das politische System steht mehr die Produktion „kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (S. 2) im Vordergrund. Akademisch produziertes politikwissenschaftliches Wissen muss in die Anwendungslogik von Politik „übersetzt“ werden, und das im Kontext begrenzter Zeitrressourcen (Zeitengpass) – es ist also nicht immer gewährleistet, dass politikwissenschaftliche Beratung bei den politischen AkteurInnen auch „ankommt“ (S. 3). Wissenschaft/Politikwissenschaft kann die Aufgabe übernehmen, neue Probleme und

Problemfelder zu entdecken, und an die Politik zu kommunizieren. Ferner wird im Buch die These vertreten, dass sich die Politikwissenschaft für Politikberatung nach Verbündeten wie NGOs und Bürgerinitiativen umsehen sowie mehr interdisziplinär für die Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftsfeldern (Disziplinen) öffnen soll.

Analytisch – aus der externen Sicht einer Buchbesprechung – lassen sich die Kapitelbeiträge der einzelnen AutorInnen folgenden Themenfeldern zuordnen.

Themenfeld Eins – Allgemein zu Politikberatungstrends in Österreich: Anton Pelinka befindet, dass sich Österreichs Politikwissenschaft wegen ihrer – im europäischen Vergleich – verspäteten institutionellen Etablierung sowie einem gewissen Naheverhältnis zur Politik dem Stress ausgesetzt sah, eine Nützlichkeit vorzuweisen. Pelinka wertet die zunehmende Medienpräsenz von Österreichs PolitologInnen als Indikator dafür, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für Politikwissenschaft zunimmt. Eva Kreisky wirft die Frage auf, wie unter neoliberalen Bedingungen eine (kritische) Politikberatung überhaupt möglich ist, und sieht ferner Anzeichen für eine neoliberale Einbindung von Politikwissenschaft. Zur Politikwissenschaft merkt Kreisky an, dass sie zunehmend als jene sozialwissenschaftliche Disziplin auffällt, die „[...] über verwertbares, ‚marktfähiges‘ Wissen der Macht und den Mächtigen gefällig sein möchte, in der Wahlforschung, in der EU-Forschung und in so manchen Bereichen der Policy-Forschung“ (S. 40). Ähnlich argumentiert Wolf-Dieter Narr dahingehend, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo Politik immer weniger Interesse an einer demokratischen Gestaltung zeigt, eine kritische Politikberatung eigentlich nur in Ausnahmefällen möglich ist. Regina Köpl unterstreicht, dass die voranschreitende Medialisierung von Politik (und Gesellschaft) einen vermehrten Bedarf an Politikberatung nach sich zieht. Solche politischen Marketingtendenzen lassen sich auch als Modernisierungsprozesse des Politischen verstehen. Gleichzeitig soll die Politikwissenschaft die demokratiepolitischen Konsequenzen von Politikberatung reflektieren sowie Möglichkeiten für eine demokratiepolitisch verantwortungsvolle Öffentlichkeitsarbeit konsequent nutzen. Für die konkrete politische Phase der schwarz/blau/orangen Koalitionsregierungen Schüssel I und II kommt Erich Fröschl zu dem Schluss, dass die zunehmend neoliberale Ausrichtung von Österreichs Wirtschaft- und Sozialpolitik durch externe Politikberatung zusätzlich abgesichert beziehungsweise verstärkt wurde, die dabei vielfach vorwiegend ökonomischen Rationalitäten folgte.

Themenfeld Zwei – Bezüge (Nicht-Bezüge) zwischen politikwissenschaftlich produziertem Wissen und der Politik in verschiedenen Politikfeldern: Grundsätzlich epistemologisch gedacht betont Thomas König, dass – in Ergänzung und Erweiterung einer reinen „Auftragsforschung“ und „Beratungstätigkeit“ – die Politikwissenschaft auf das „Denkwerkzeug der Kritik“ (S. 69) nicht verzichten darf. Mit dem Begriff der „Versozialwissenschaftlichung“ (S. 68)

vertritt König die These, dass sozialwissenschaftliche Lehre und Forschung verstärkt nachgefragt werden. Von wissenschaftlicher Seite her können einzelne Kompetenzfelder der Politikwissenschaft natürlich abklären helfen, was Möglichkeiten und gleichzeitig Grenzen von Politikberatung sind. Parteien- und Wahlforschung repräsentieren Kernkompetenzen der Politikwissenschaft. Hubert Sickinger stellt für Österreichs universitär verankerte Politikwissenschaft die (überraschende) These auf, dass Parteien- und Wahlforschung nicht immer zu den zentralen politikwissenschaftlichen Forschungsfeldern zählen: „Wie beschrieben, hat sich auch im Bereich der Parteienforschung der Forschungsstand (hinsichtlich Umfang und qualitativer Standards) seither deutlich verbessert, obwohl es weiterhin bemerkenswert große Forschungslücken gibt“ (S. 121). Leila Hadj-Abdou zeigt in ihrem Beitrag auf, dass in Österreich, während der letzten Jahre, das politikwissenschaftliche Forschungsfeld der Migrationsforschung durch ausgeweitete Forschungsförderungen zwar kompetent weiterentwickelt wurde und sich auch ausdifferenzierte. Gleichzeitig operiert die Politik weitgehend abgekoppelt von dieser wissenschaftlichen Migrationsexpertise. Petra Purkarthofer verweist auf folgendes doppeltes Dilemma – einerseits ist die Entwicklungsforschung in Österreich unterfinanziert; andererseits bindet Entwicklungspolitik (binden EntwicklungspolitikerInnen) die EntwicklungsforscherInnen nicht in politische Entscheidungen ein. Damit gelang in diesem Politikfeld noch kein entsprechender Übersetzungsprozess der Systemlogiken von Wissenschaft und Politik. Doris Wydra macht deutlich, wie für gängige Politikberatung im Politikfeld Gesundheitspolitik die neoliberale Prämisse der Marktsteuerung gilt. Dem hält sie gegenüber, dass eine verantwortungsvolle und politikwissenschaftliche fundierte Politikberatung mehr eine ganzheitliche Betrachtungsweise entwickeln und dabei komplexe Interaktionsbeziehungen von Gesundheit-Medizin-Technologie adäquater reflektieren soll. Im Gesundheitsbereich entstehen infolge neuer Technologien auch politische Herausforderungen, die wiederum einen Mehrbedarf für wissenschaftliche Kompetenzen erzeugen. Marion Löffler weist in ihrem Beitrag nach, wie die politische Vorgabe des Gender Mainstreaming einen vermehrten Bedarf für Gender-Expertise entstehen lässt. Ein wichtiges Referenzmaß für Gender-Expertise wäre demnach, inwieweit diese in Politikberatung für das Politikfeld Gleichstellungspolitik einfließt beziehungsweise einfließen kann. Heinz Gärtner wiederum bietet eine Typologie unterschiedlicher Formen von Politikberatung in der Außen- und Sicherheitspolitik an. Gleichzeitig äußert er eine gewisse Skepsis, dass Wissenschaft die Politik beeinflussen kann. Vielmehr beeinflusst die Politik die Wissensproduktion. Marcel Fink fokussiert auf das Beziehungsgeflecht von *Knowledge* (wissenschaftsbasiertes Sachwissen) und *Power* (staatliche Macht). Für die historische Phase des Ausbaus der europäischen Wohlfahrtsysteme (des „goldenen Zeitalters des Wohlfahrtsstaates“) stellt Fink die

These auf, dass hier „politische Rationalitäten“ und politische Kontextbedingungen für die *Political Community* (politischen EntscheidungsträgerInnen) relevanter waren als Analyseergebnisse einer *Scientific Community* (WissenschaftlerInnen). Jedoch: „Mit der so genannten Krise des Wohlfahrtsstaates ab den 1980er Jahren ist ein Bedeutungsgewinn wissenschaftlich basierter Ideen und Argumente zu verzeichnen“ (S. 154).

Themenfeld Drei – Strategiefragen für Politikwissenschaft und Politikberatung: Sonja Puntschner Riekmann verweist auf ein gewisses Paradoxon in Österreich. Das Europathema wurde (und wird) seitens der Politikwissenschaft mit kompetenter Forschungsexpertise entsprechend bearbeitet. Gleichzeitig spielen JuristInnen für Politikberatung zu Europathemen eine dominantere Rolle. Österreichs Politikwissenschaft sollte deshalb für ihren universitären Lehrauftrag und ihre Forschungsagenden deutlicher auf Europathemen setzen und diese einbinden. Nonno Breuss beschäftigt sich mit Lobbying als NGO-Strategie. Lobbying wird dabei häufig als Instrumentarium zur Einbringung und Durchsetzung von Inhalten gegenüber nationalen Regierungen gesehen. Ein teilweiser Macht- und Funktionsverlust von nationaler Politik, so Breuss, führte zu einem Strategiewechsel der Lobbyingaktivitäten von NGOs. NGOs versuchen jetzt verstärkt direkt KonsumentInnen/BürgerInnen, Unternehmen und internationale Institutionen anzusprechen. Die internationale Koordinierung von NGO-Aktivitäten gewinnt an Relevanz. Laut Breuss ist dabei nicht so sehr das *Wie* von Lobbying das Problem, sondern vielmehr die Kontexteinschätzung, *wann* Lobbying erfolgsversprechend und zielführend sein kann. In seinem bilanzierenden Abschlusskapitel kommt Helmut Kramer für Österreich zu dem Befund, dass es hier keinen „produktiven Dialog“ zwischen einer (unabhängigen und autonomen) Politikwissenschaft und der „politischen Klasse“ gibt. Deshalb stellt Kramer der österreichischen Politikwissenschaft zur Diskussion, weniger auf Politikberatung, sondern mehr auf „Gesellschaftsberatung“ zu setzen, und dabei zwei Grundsätze zu berücksichtigen: erstens die Öffentlichkeit über politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse zu informieren; sowie zweitens Kooperationen mit anderen demokratiepolitisch interessierten AkteurInnen und Bewegungen einzugehen. „Die österreichische Politikwissenschaft [...] ist gut beraten, in einer Situation, in der die politische Klasse an dialogischer wissenschaftlicher Politikberatung wenig Interesse zeigt, weiterhin auf ‚Gesellschaftsberatung‘ zu fokussieren“ (S. 254).

Wie die hier kurz besprochenen Befunde der einzelnen AutorInnen über Einfluss beziehungsweise Nicht-Einfluss von Politikwissenschaft auf Politikberatung und Politik aufzeigen, fallen Einschätzungen teilweise unterschiedlich aus. Es entsteht der Eindruck, dass abhängig vom Politikfeld, der (historischen) Zeitphase und politischen Rahmenbedingungen die Politikwissenschaft mehr oder weniger Einfluss spielt beziehungsweise spielen kann. Natürlich

wird politikwissenschaftliches *Knowledge* meist nicht direkt in staatliche *Power* (politische Handlungen) eingespielt. Einerseits verlangen unterschiedliche Systemrationalitäten von Wissenschaft und Politik doch komplexe (dialogische, nicht-lineare) Übersetzungsprozesse. Andererseits sind sowohl die Politikwissenschaft (im Sinne verschiedener Theorien, Modelle und Methoden) als auch die Politikberatung ihrerseits „pluralistisch“ aufgesetzt. Politikberatung ist als Phänomen nicht mehr wegzudenken, und es spricht vieles dafür, dass Politikberatung in Zukunft noch zunehmen wird. Politikberatung birgt Risiken für die Politikwissenschaft. Gleichzeitig bietet die Politikberatung als Praxisfeld den AbsolventInnen der Politikwissenschaft auch berufliche Chancen. Wichtig ist und wird bleiben, dass politikwissenschaftliche Politikberatung als Referenz immer eine Gesellschaftsberatung mitreflektiert – also getragen wird von einem demokratiepolitischen Grundverständnis und dem Ziel des Einfließens politikwissenschaftlich fundierter Politikberatungsergebnisse in die öffentlichen Diskurse (unter Nutzung der Medialisierung). Vorliegendes Buch liefert für Österreichs Politikwissenschaft somit auf hohem Qualitätsniveau einen äußerst wichtigen Diskussionsbeitrag für eine *politikwissenschaftliche Politikberatung*.

David F. J. Campbell (Wien)

E-mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Hannes Heer/Walter Manoschek/Alexander Pollak/Ruth Wodak (Hg.)

THE DISCURSIVE CONSTRUCTION OF HISTORY.

Remembering the Wehrmacht's War of Annihilation, London 2008, Palgrave MacMillan, 331 S., 68,99 EUR.

1995 und – in einer Neuauflage – 2001 startete die „Wehrmachtsausstellung“ in deutschen und österreichischen Städten. Das Echo war intensiv und vielschichtig: Im wissenschaftlichen Diskurs wurde einmal mehr die so bequeme Trennung in die „anständige“ Wehrmacht und die verbrecherische SS als falsch hingestellt. Die Wehrmacht war ein, ja das entscheidende Instrument, das dem NS-Regime die Umsetzung seiner a priori verbrecherischen Politik erlaubte; ein Instrument, das direkt in zahllose Massenmorde verwickelt war, die auch bei der flexibelsten Interpretation nicht mehr als Kriegshandlungen im Sinne der Internationalen Kriegsrechtes verstanden werden können. Der wissenschaftliche Diskurs erhielt durch die Ausstellung zusätzliche und vertiefende, wenn auch keine prinzipiell neuen Argumentationsgrundlagen.

Der politische Diskurs hingegen war heftig und zeigte, dass das, was als wissenschaftliche Erkenntnis in der „scientific community“ als unbestritten gilt, politisch nach wie vor Erdbeben auslösen kann. Es ging eben auch um die „Ehre“ (oder wie diese Begriffe immer auch heißen mögen) einer „Kriegsgeneration“, die von Hans Dichand,

Jörg Haider und anderen in Geiselnhaft genommen wurde und wird, um den Blick auf die historischen Tatsachen zu verstellen.

Das macht auch die Bedeutung dieser nunmehr in englischer Sprache vorliegenden Studie aus, die diesen politischen Diskurs wissenschaftlich analysiert: Es geht darum, über das Erfahren der Metaebene – über den Diskurs um die NS-Verbrechen – die Voraussetzungen und Folgen eben dieser Verbrechen zu erfahren.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert, die wiederum in jeweils drei oder vier spezielle Kapitel unterteilt sind. Der erste Abschnitt benützt offenbar bewusst den in der Geiselnhaft verzerrten Begriff der „War Generation“, der eben (so im Sinne der Geiselnnehmer) auf die Wehrmacht angehörigen reduziert ist und die insgesamt nicht unerhebliche Zahl derer, die als Angehörige derselben Generation den Krieg anders und vor allem auch anderswo erlebt haben, ausklammert: die Häftlinge in den Lagern und Gefängnissen des NS-Regimes, die Soldaten (darunter auch Österreicher und Deutsche), die in den verschiedensten Uniformen gegen die Wehrmacht kämpften; die Deserteure, die sich – aus welchen Gründen auch immer – verdientvoll dem verbrecherischen Krieg zu entziehen versuchten; und die angesichts des Vernichtungskrieges euphemistisch „Zivilbevölkerung“ genannte Mehrheit der Menschen – in Serbien und Russland, in Griechenland und Norwegen, in Deutschland und Österreich. Sie allen waren „War Generation“. Hier ist vor allem der Beitrag von Hannes Heer („Wehrmacht und WWII in the War Generation’s Memory“) zu erwähnen, eben weil er eine solche Differenzierung nach Generation und Geschlecht vornimmt und so die Parteilichkeit eines scheinbar objektiven Begriffes verdeutlicht.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit dem auf die Wehrmacht bezogenen „Collective Memory after 1945“. Günther Sandner und Walter Manoschek’s aufschlussreiche Studie „Defining the Victims auf Nazism“ analysiert die österreichische Debatte, die anlässlich der Verabschiedung des Kriegsofopferfürsorgegesetzes aussagestarke Details darüber liefert, wer wie warum zum Opfer erklärt wurde – mit der schließlich immanent logischen Tendenz, dass die Zahl der Opfer mit der Zahl aller Überlebenden fast identisch wurde und damit eine die folgenden Jahrzehnte bestimmende Unschärfe der Opferbegrifflichkeit verursachte.

Der dritte Abschnitt befasst sich mit der „Wehrmachtsausstellung“ selbst, mit der durch sie ausgelösten Debatte. In ihrem Aufsatz „Crime Scene: Wehrmacht Exhibition“ stellen Alexander Pollak und Ruth Wodak einen deutschen TV-Film in den Mittelpunkt, der als filmischer Spiegel der von der Ausstellung ausgelösten Debatte fungiert – ein besonders eindrucksvoller Beleg, wie sehr eine wissenschaftliche Ausstellung Meinungen bewegen kann.

Hannes Heer schreibt im Kapitel „The Head of Medusa“ die Geschichte der Ausstellung und der von ihr ausgelösten Kontroverse. Heer vernachlässigt die spezifisch öster-

reichischen Aspekte. Die österreichischen Beben, ausgelöst von der Ausstellung, waren nicht einfach identisch mit den deutschen Beben. Heers Schlussfolgerung ist in ihrer provokativen Art freilich für Österreich ebenso schlüssig – und bestreitbar: Für ihn ist die Ausstellung a „ploy“ that „failed“ (S. 250). Dieses Urteil scheint doch, weil zu generalisierend, zu einfach zu sein: Natürlich sind die Tabuisierungen und Verleugnungen, bezogen auf den verbrecherischen Charakter des von der Wehrmacht getragenen Krieges, nicht einfach zu Ende. Aber dass die Wehrmachtsausstellung den Bewusstseinsstand in Deutschland und Österreich nicht beeinflusst hätte – diese Aussage ist nicht belegbar. Im Gegenteil: Diese Resignation ist gerade angesichts dessen, was dieses Buch an Kontroversen beschreibt und analysiert, ebenso wenig angebracht wie die gegenläufige Vereinfachung von der „Bewältigung der Geschichte“.

Das belegt auch das letzte, von Heidemarie Uhl verfasste Kapitel über die von der Ausstellung in Wien provozierten Debatten: Uhl zeigt, dass die Ausstellung tief und damit wohl auch bleibend polarisiert hat. Der wütenden Abwehr standen rational argumentierende, die Ausstellung positiv bewertende Stimmen gegenüber. Die Gesellschaft wies keineswegs geschlossen – wie dies Heers Schlussfolgerungen ausdrücken wollen – die vermittelte Einsicht in den verbrecherischen Charakter der gesamten NS-Kriegsführung (und damit der Wehrmacht) zurück. Die Reaktionen auf die Ausstellung waren zu vielschichtig, zu komplex – sie differierten nach Bildungsgrad, politischer Präferenz, Generation. Was bezogen auf eine Zielgruppe vergeblich war, zeigte bei der anderen Wirkung. Daher: Es steht dafür, sich für die Aufklärung einzusetzen. Es ist nicht vergeblich, eine Ausstellung wie die Wehrmachtsausstellung zu organisieren und zu nutzen.

Anton Pelinka (Budapest/Wien)

E-mail: Anton.Pelinka@ikf.ac.at